

Wirtschaftskammer Österreich
Bundesarbeitskammer
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Landwirtschaftskammer Österreich



Bad Ischler Dialog 2012

„Zukunft Europa“

Positionen der österreichischen Sozialpartner

(Kurzfassung)

Die österreichischen Sozialpartner haben die Integration Österreichs in die EU immer aktiv betrieben und wiederholt ihr Bekenntnis zur europäischen Integration bekräftigt. Aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht ist eine umfassende und gleichberechtigte Teilnahme Österreichs am europäischen Einigungswerk sinnvoll und ein Kernelement des politischen Selbstverständnisses.

Die österreichischen Sozialpartner bekennen sich zur europäischen Werte- und Lebenskultur, die neben Solidarität auch eine soziale Marktwirtschaft, eine nachhaltig und qualitativ wachsende Wirtschaft mit einer Politik der Standortsicherung und des sozialen Zusammenhalts sowie umfassende Lebensqualität für die Menschen beinhaltet. Gemeinsames Ziel der Sozialpartner ist eine gute Wirtschaftsleistung, mehr und bessere Arbeitsplätze, ein hohes Sozialschutzniveau und ein hoher Bildungs- und Ausbildungsstand.

Die EU ist seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise vielschichtigen Krisenphänomenen ausgesetzt. In diesem Zusammenhang sehen die österreichischen Sozialpartner Europa mit folgenden Herausforderungen konfrontiert:

- Arbeitslosigkeit und erneuter Wachstumseinbruch
- Wachstumsfreundlicher Abbau der Staatsschulden
- Stabilisierung der Eurozone
- Bedrohung des Europäischen Sozialmodells
- Armutsbekämpfung, sozialer Zusammenhalt und Einkommensverteilung
- Demokratische Legitimation und Transparenz
- Schwindendes Vertrauen in EU-Lösungskompetenz

Lösungsvorschläge der österreichischen Sozialpartner

Europas institutionelles Fundament stärken

Die Entschärfung der gegenwärtigen Krise erfordert die Übertragung bislang nationaler Befugnisse auf die europäische Ebene. Die Rechtsordnung der EU sowie jene ihrer Mitgliedstaaten sind derzeit nicht ausreichend darauf ausgerichtet, notwendige rasche Entscheidungen zu treffen. Die Debatten zur Reform der Europäischen Verträge sollten sich aus Sicht der österreichischen Sozialpartner an folgenden Eckpunkten orientieren:

- Demokratische Legitimität stärken
- EU-Parlament aufwerten
- Strukturdefizite der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigen: u.a. Asymmetrie von Geld- und Fiskalpolitik, Spannungsfeld zwischen der noch zu entwickelnden europäischen Steuerpolitik und der zunehmend gemeinschaftlich koordinierten Budgetpolitik, die Ausrichtung der Geldpolitik ausschließlich auf das Ziel der Preisstabilität, die künftige Rolle der EZB, makroökonomische Ungleichgewichte
- künftige Arbeiten zur Revision der Grundlagenverträge sollen auch dazu genutzt werden, eine Balance zwischen wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu gewährleisten
- Einbindung der Sozialpartner in alle relevanten Politikbereiche sicherstellen

Eurozone stabilisieren

Der Euro als gemeinsame Währung brachte erheblichen Nutzen für Österreich. Eine stabile Geldpolitik, der Wegfall von Kursschwankungen, Wechselkursrisiken und Wechselgebühren haben u.a. Überweisungen für KonsumentInnen und Unternehmen einfacher, schneller und günstiger gemacht und fördern den Tourismus. Die Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion fördert zudem den Handel in der Eurozone, stärkt so die Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze.

Eine intensive Debatte über die systemischen Defizite der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion ist vordringliches Ziel. Wirksame Mechanismen zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte sowie zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte sind daher für eine stabile Entwicklung der Eurozone ebenso unerlässlich wie ein entschiedenes Auftreten aller europäischen Institutionen - einschließlich der EZB -, um den Zusammenhalt der Eurozone nachhaltig zu sichern.

Schon allein aus österreichischem Eigeninteresse muss Vorstößen in Richtung einer geldpolitischen Renationalisierung oder eines Hinausdrängens einzelner Länder aus der Eurozone entschlossen entgegengewirkt werden - nicht zuletzt, um einen Einbruch bei den Exporten, bei der Produktion und den öffentlichen Haushalten sowie einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone (Teilung in einen „Nord- und Südeuro“ oder Rückkehr zum „Schilling“) hätte massive wirtschaftliche und soziale Nachteile für Österreich als exportorientiertes Land.

Finanzkrise bewältigen und Staatsschulden intelligent abbauen

Die Finanzmärkte müssen der **Realwirtschaft** dienen, nicht als Konkurrenz zu dieser auftreten. Um **Spekulationen** gegen Problemländer aussichtslos erscheinen zu lassen und damit zu unterbinden, ist ein glaubwürdiges europäisches Sicherheitsnetz verbunden mit konsequenten fiskalpolitischen Regeln notwendig. Weiters sind Maßnahmen zur Reduktion spekulativer Transaktionen gefordert, u.a. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wichtig ist auch, die Abhängigkeit von Urteilen der Ratingagenturen generell zu reduzieren. Da Finanzmärkte globale Märkte sind, fordern die Sozialpartner eine verstärkte Koordinierung der Finanzmarktregulierung innerhalb der G-20.

Bankensektor stabilisieren: Ziel muss es auch in diesem Bereich sein, eine neuerliche Belastung aller SteuerzahlerInnen zu vermeiden. Angesichts des integrierten und harmonisierten EU-Finanzmarktes darf durch unangemessene Belastungen kein Wettbewerbsnachteil für die österreichischen Banken entstehen.

Wachstums- und beschäftigungsfreundliche Konsolidierung: Hierfür müssen wachstumsorientierte Rahmenbedingungen (z.B. durch Bürokratieabbau) geschaffen werden; EU- und nationale Finanzmittel verstärkt in wachstumsfördernde Maßnahmen (z.B. Bildung, Forschung, Innovation, Energie, soziale Infrastruktur) fließen, die Arbeitsplätze schaffen und Europa wettbewerbsfähiger machen; der soziale Ausgleich verbessert und die Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage behoben werden.

Wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Fortschritt verbinden, Binnennachfrage berücksichtigen

Wirtschaftspolitische Koordinierung auf EU-Ebene stärken: Die Sozialpartner befürworten eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung auf europäischer Ebene. Die Verschärfung der Budgetregeln durch das Six-Pack und den Fiskalpakt darf jedoch die Wachstumskräfte in der EU nicht hemmen. Deshalb muss der Fiskalpakt um Instrumente zur effektiven Steigerung von Wachstum und Beschäftigung ergänzt werden, da ohne Wachstum Arbeitsplätze verloren gehen und eine nachhaltige Haushaltssanierung erschwert wird.

Binnennachfrage ausreichend berücksichtigen: Nach wie vor kommen mehr als 80 % der Gesamtnachfrage in der EU aus den EU-Mitgliedstaaten. Das erfordert eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik. Eine Finanztransaktionssteuer könnte darüber hinaus wachstumsfördernde Investitionen unterstützen. Dies muss mit einem ökologischen Kurswechsel in Richtung Ressourceneffizienz einhergehen.

Soziale Dimension stärken

Die Zukunft Europas wird auch davon abhängen, ob es gelingt, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlichen, budgetären und sozialen Zielen herzustellen.

Stärken des Europäischen Sozial- (und Gesellschafts-)modells nützen: Die österreichischen Sozialpartner erachten als Kernelemente des Europäischen Sozialmodells:

- die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Wohlergehen der Einzelnen
- die Verbindung von wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Absicherung
- den sozialen Dialog

Produktivkraft des Sozialstaats nützen: Der Sozialstaat ist, sofern nachhaltig finanziert, nicht nur für die soziale Absicherung und den sozialen Ausgleich in unseren Gesellschaften unverzichtbar, sondern kann auch zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen. Ein Erfolgsrezept der nordischen Länder und auch Österreichs liegt darin, dass wirtschaftlicher Erfolg und internationale Wettbewerbsfähigkeit einerseits und sozialer Ausgleich andererseits nicht als Gegensätze gesehen werden, sondern großteils so ausgestaltet sind, dass sie einander unterstützen.

Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen, Ausbildung verbessern

Chancen für Jugendliche erhöhen: Jedem/Jeder Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, eine Erstausbildung abzuschließen und damit die Grundlage für einen dauerhaften Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Kein/e Jugendliche/r soll am Ende der Schulpflicht ohne individuelle Perspektive für den weiteren Bildungsweg oder gar außerhalb des Systems Arbeitsmarkt, Ausbildung oder Schule stehen. Am Ende der Pflichtschule müssen alle Jugendlichen die Grundkompetenzen beherrschen.

Berufsbildungssysteme stärken: Qualitativ hochwertige und reagible Berufsbildungssysteme sind von äußerst hoher Bedeutung für die Qualifikationsentwicklung und Beschäftigungssicherung eines Landes und müssen auf einer Augenhöhe mit den Systemen akademischer Bildung stehen.

Österreichs Best Practice-Modell duale Berufsausbildung in Europa stärken: Das System der dualen Berufsausbildung erweist sich als attraktives Ausbildungsmodell sowohl für Jugendliche als auch für Betriebe. Von hoher Bedeutung für die Anpassungsfähigkeit der österreichischen Berufsbildung ist die Rolle der Sozialpartner in der Systemsteuerung der Lehrlingsausbildung. Ferner gilt es, die Lehrlingsausbildung in Österreich auch hinsichtlich einer begleitenden Qualitätssicherung weiterzuentwickeln.

Die österreichischen Sozialpartner fordern weitere Schritte, um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa deutlich zu senken: u.a. Festlegung eines EU-Ziels zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Weiterführung der EU-weiten Jugendgarantie sowie rasche und unbürokratische Zurverfügungstellung der bisher nicht verbrauchten Strukturfondsmittel. Besondere Bedeutung kommt der Förderung der Mobilität zu Lernzwecken zu.

Beschäftigung älterer Personen und Gleichstellung von Frauen und Männern fördern

Die österreichischen Sozialpartner sind 2011 zu dem Schluss gekommen, dass angesichts einer im europäischen Vergleich geringen Erwerbsquote älterer Personen in Österreich ein unmittelbarer, konkreter Handlungsbedarf besteht: u.a. Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters, effektive und effiziente Rehabilitationsmaßnahmen, eine Senkung der Invalidisierungsraten, eine altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt, Transparenz und Vereinfachung.

Kompetenzen und Erfahrungen Älterer anerkennen: Wir fordern ein explizites EU-Ziel zur Erhöhung der Erwerbsquote älterer ArbeitnehmerInnen und Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsfähigkeit zur Vermeidung frühzeitiger Invalidität.

Die Arbeitsmarktintegration und -partizipation von Frauen ist ein wesentlicher Aspekt für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der EU. Der „**Gender Gap**“ ist ein in vielen Ländern Europas auftretendes Phänomen, so auch in Österreich. Im EU-Vergleich hat Österreich laut Statistik Austria eine hohe Frauenerwerbsquote, allerdings sind 44 % der erwerbstätigen Frauen (und nur 8,9 % Männer) in Teilzeit.

Aktive Gleichstellungspolitik: Die österreichischen Sozialpartner erachten die „ökonomische Gleichstellung“ als wichtigen Schwerpunkt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Dies bedeutet, dass der Arbeitsprozess in den Kernbereichen atypische Ausbildungs- und Berufswahl, partnerschaftliche Teilung der Betreuungspflichten, verbesserte Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie nachvollziehbare Gehaltsfindungen zur Reduktion der Einkommensschere und das Ziel der ausgewogenen Repräsentanz von Frauen und Männern in Führungsposition fortgesetzt wird.

Wirtschaftspolitische Koordinierung intensivieren

Zweifellos ist innerhalb der EU, und vor allem innerhalb der Eurozone, eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken erforderlich. Es wird jedoch notwendig sein, stärker auf die spezifischen Umstände in den einzelnen Mitgliedstaaten einzugehen.

Neben einer Stärkung des bestehenden Makroökonomischen Dialogs auf EU-Ebene schlagen die österreichischen Sozialpartner daher vor, einen **makroökonomischen Dialog der Eurozone** einzurichten, um eine künftig stärkere Koordinierung der nationalen Makropolitiken der Eurozone zu gewährleisten.

Während eine starke Einbindung der nationalen Wirtschaftsvertretungen/ Gewerkschaftsbünde der Eurozone dabei sicherzustellen ist, müsste dieser Dialog selbstverständlich auch die volle Autonomie der Sozialpartner bei Lohnverhandlungen respektieren.

Die **Haushaltskonsolidierung** in den einzelnen Mitgliedstaaten zählt derzeit zu den wohl wichtigsten Aufgaben. Eine nachhaltige Konsolidierung muss wachstumsdämpfende Effekte vermeiden. Sie muss angebotsseitige, nachfrageseitige und Verteilungsaspekte berücksichtigen, den Sozialschutz sicherstellen sowie zu Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz beitragen. Sie kann insgesamt nur gelingen, wenn sich die Gesamtwirtschaft günstig entwickelt.

Eine **produktivitätsorientierte Lohnpolitik** (mittelfristig Nominallohnerhöhung in der Höhe von gesamtwirtschaftlichem Arbeitsproduktivitätszuwachs unter Berücksichtigung der Inflationsentwicklung) hält ceteris paribus die realen Lohnstückkosten konstant und wird damit dem Doppelcharakter der Löhne (einerseits Kostenfaktor, andererseits wichtigster Bestimmungsfaktor der Binnennachfrage) gerecht.

Wirtschaftsstandort EU im Sinne von Wachstum und Beschäftigung optimieren

Die Sozialpartner sind der Ansicht, dass Österreich seiner Position entsprechend im Standortwettbewerb explizit eine Strategie der hochwertigen Qualitätsprodukte und -dienstleistungen verfolgen muss, die auf Innovationen, neuesten Technologien, hohem Ausbildungsniveau, bester Infrastruktur, funktionierenden staatlichen Leistungen, hohen arbeits-, sozial- und umweltrechtlichen Standards sowie geringer Arbeitslosigkeit basieren.

Um die **Entindustrialisierung von Europa zu vermeiden und Arbeitsplätze in Europa zu sichern**, muss besonderes Gewicht auf Bildung, Aus- und Weiterbildung, Rechts- und Planungssicherheit, Wachstum und Beschäftigung gelegt werden.

Um **intelligentes Wachstum durch Innovation** anzukurbeln, unterstützen die Sozialpartner den umfassenden Ansatz der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik (F&I) für eine Innovationsunion.

Die **Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz** der Wirtschaft verschiebt die Grenzen des Wachstums und verschafft damit die notwendige Zeit zur Gestaltung des Übergangs zu einem nachhaltigen Wohlstandsmodell, bei dem Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch mehr sind.

Die Sozialpartner treten dafür ein, dass das österreichische Programm für die ländliche Entwicklung eine positive **Weiterentwicklung der ländlichen Regionen** ermöglicht und mit effizientem Mitteleinsatz florierende, (betrieblich) kleinstrukturierte, ländliche Räume erhalten soll, was auch im gesamtgesellschaftlichen Nutzen (z.B. Ernährungssicherheit, lokale Märkte, Beschäftigung, soziale Dienstleistungen, Tourismus) liegt.

Binnenmarkt als zentralen Pfeiler der europäischen Integration und den internationalen Handel weiterentwickeln

Das 20-jährige Binnenmarktjubiläum 2012 soll Ansporn sein, das wachstums- und beschäftigungsfördernde Potenzial des Binnenmarktes entschiedener zu nutzen als bisher. Der Binnenmarkt ist kein Selbstzweck, sondern soll durch Ausrichtung des Wettbewerbs auf Produktivität, Kreativität und Innovation letztlich den in Europa lebenden Menschen zu Gute kommen. Eine rasche und qualitativ hochwertige Wirtschaftsgesetzgebung ist für die europäische Wettbewerbsfähigkeit entscheidend. Dabei dürfen berechnete Schutzinteressen der ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen nicht gefährdet werden.

Aus Sicht der österreichischen Sozialpartner sind folgende Prinzipien in der Binnenmarktpolitik prioritär:

- Gewährleistung eines Gleichgewichts zwischen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Dimension
- wirksame Beseitigung der Binnenmarktprobleme
- Abbau bürokratischer Belastungen
- gleiche Wettbewerbsbedingungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr
- Sicherstellung der Gleichwertigkeit der sozialen Rechte mit den wirtschaftlichen Freiheiten
- Gewährleistung eines allgemeinen, diskriminierungsfreien, flächendeckenden und erschwinglichen Zugangs zu Leistungen der Daseinsvorsorge

Für die EU stellen die Vertiefung der Außenwirtschaftsbeziehungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie die schrittweise Verbesserung der Rahmenbedingungen für den **internationalen Handel** zugunsten europäischer und damit auch österreichischer Exporteure und Importeure eine ihrer Prioritäten dar. Die Sozialpartner fordern:

- Vorrang von multilateralen vor bilateralen Abkommen, wobei letztere eine Ergänzung multilateraler Verhandlungen darstellen können
- die Verhandlung von Freihandelsabkommen mit wirtschaftliche, sozialen und ökologischen Zielsetzungen
- faire Wettbewerbsbedingungen und Globalisierungsgewinne für alle Bevölkerungsgruppen durch die Verfolgung der Aufnahme der IAO-Mindestarbeitsnormen in bilaterale und multilaterale Handelsabkommen und deren verbindliche Umsetzung und Einhaltung in den Partnerländern der EU und gezielte handelspolitische Maßnahmen
- die EU als Global Player zu positionieren

Wachstums- und beschäftigungsfreundliche Steuersysteme schaffen

Europäische Steuerpolitik neu ausrichten: Die österreichischen Sozialpartner befürworten die Einführung einer einheitlichen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage, welche zu einer Erleichterung für grenzüberschreitend tätige Unternehmen führt und dafür sorgt, dass Wettbewerbsverzerrungen auf europäischer Ebene eingedämmt werden. Reicht dies nicht aus, um die bestehenden Probleme zu lösen, ist zumindest mittelfristig auch die Festsetzung eines Mindeststeuersatzes bei der Körperschaftsteuer anzustreben.

Die Einführung einer **EU-weiten Finanztransaktionssteuer** wird von den österreichischen Sozialpartnern seit langem intensiv befürwortet. Der Finanzsektor, der zum einen unterbesteuer ist und zum anderen auch für den Ausbruch der Finanzkrise mitverantwortlich gemacht wird, leistet damit einen wesentlichen Anteil zur Finanzierung der Mitgliedstaaten.

Mit der aktiven **Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steueroasen** in Verbindung mit einer Strukturreform können die Mitgliedstaaten ihre Steuereinnahmen stabilisieren und Maßnahmen setzen, die für Wachstum und Beschäftigung sorgen. Die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsmöglichkeiten ist anzustreben.

EU-Haushalt zukunftsorientiert ausgestalten

Im Finanzrahmen 2014-2020 werden die politischen Prioritäten für die kommenden Jahre festgelegt. Eine **größere Haushaltsflexibilität** sollte vorgesehen sein, damit die Haushaltsmittel entsprechend an die sich ändernden Gegebenheiten und Prioritäten aufbauend auf den Europa 2020-Zielen angepasst werden können.

Regionalpolitik stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausrichten: Ziel ist, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen zu verringern. Um Fehlentwicklungen zu vermeiden, sollten daher Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung verbunden mit einem am europäischen Mehrwert orientierten effizienten Mitteleinsatz aus dem Regionalfonds in Zukunft maßgeblich sein.

Sozialfonds erhöhen und fokussieren: In der Strukturfondsperiode ab 2014 muss der Gesamtmitteleinsatz für den ESF erhöht und ein Schwerpunkt für Jugendliche sowie Ältere gesetzt werden.

Europäische Garantieinstrumente sollen verstärkt den Zugang zu Kreditfinanzierungen für KMU unterstützen und somit Impulse für Wachstum und Beschäftigung geben.

Demokratie und Partizipation europaweit ausbauen

Die Bereitschaft der europäischen BürgerInnen, das europäische Einigungswerk mit voller Kraft zu unterstützen, setzt eine Weiterentwicklung in der europäischen Politik hin zu mehr Demokratie und Mitbestimmung voraus. Dazu ist es erforderlich, dass die EU aus einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft herauswächst und im Sinne der Ausgewogenheit in gleicher Weise soziale Interessen berücksichtigt. Eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene muss mit der Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments einhergehen. Unabhängig zukünftiger Vertragsrevisionen sind aber schon jetzt jene Initiativen zu unterstützen, die den Einfluss der BürgerInnen erhöhen können (z.B. bei der Ernennung des Präsidenten der EU-Kommission). Neben der Schaffung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts für die Wahlen zum Europäischen Parlament wäre auch das Engagement grenzüberschreitend tätiger europäischer Parteien zu fördern.

Um EU-Politik stärker in der europäischen Bevölkerung sichtbar zu machen und einen Dialog in der europäischen Öffentlichkeit anzuregen, wäre auch der Ausbau europäischer Medien hilfreich.

Die österreichischen Sozialpartner setzen sich für **mehr Transparenz** im europäischen Gesetzgebungsprozess ein und unterstützen die Registrierung im europäischen Transparenzregister, die Einhaltung des **Verhaltenskodex**, eine ausgewogene Einbeziehung aller Interessengruppen im Rahmen von ExpertInnengruppen sowie effektive Regeln zur Bekämpfung möglicher Interessenkonflikte von EntscheidungsträgerInnen.

Die Rolle der Sozialpartner in Europa ausbauen: Österreich konnte die bisherige Krise besser bewältigen als andere Staaten der EU. Die funktionierenden sozialpartner-schaftlichen Strukturen und Handlungsformen sind ein entscheidender Faktor dafür. Gerade in Zeiten des raschen wirtschaftlichen und sozialen Wandels muss die Mitwirkung der Sozialpartner auf möglichst breiter Basis gewährleistet sein, um die ehrgeizigen Reformprogramme zu bewältigen und die Akzeptanz der Bevölkerung für die Reformen zu gewinnen. Aus diesem Grund fordern die österreichischen Sozialpartner eine verbesserte und frühzeitige Einbeziehung in die Erarbeitung, Umsetzung und Überwachung dieser Programme. Weiters sprechen sich die österreichischen Sozialpartner für die Einbeziehung eines möglichst großen Sozialpartnerkreises in den tripartiten Sozialgipfel und den makroökonomischen Dialog aus.

Für Europa eintreten

Österreich zählt mit seiner Performance zu den wirtschaftlich und sozial erfolgreichsten Ländern der EU. Allerdings sind auch Erwartungen enttäuscht worden. Die EU und insbesondere die Währungsunion ist im Sog der internationalen Finanzmarktkrise und der davon ausgelösten Großen Rezession selbst in eine Krise geraten, deren Bewältigung nach wie vor eine schwierige Herausforderung darstellt. In dieser Situation sind die Sozialpartner der gemeinsamen Überzeugung, dass es falsch wäre, Europa den Rücken zuzukehren. Die Interessen Österreichs können am wirksamsten dadurch gewahrt werden, wenn Österreich an den gemeinsamen Bemühungen der EU zur Bewältigung der Krise aktiv teilnimmt.

Die Sozialpartner wollen ein Europa für die Menschen: Für die Akzeptanz der EU unter den Menschen ist es entscheidend, dass sich europäische Politik einerseits an den Erwartungen der BürgerInnen orientiert und andererseits auch ein entsprechender Dialog sowie eine verständliche Kommunikation stattfindet. Es ist wichtig, dass die österreichische und europäische Bevölkerung hinreichend und offen über die EU informiert wird. So können europäische Entscheidungen mitgestaltet und nachvollzogen werden.

Österreich soll die Weiterentwicklung der europäischen Rahmenbedingungen verantwortungsvoll mitgestalten. Die Sozialpartner fordern in diesem Zusammenhang die Bundesregierung auf, mit den BürgerInnen über aktuelle europäische Herausforderungen und notwendige Veränderungen zu diskutieren. In gleicher Weise sind auch die österreichischen Sozialpartner daher bereit und willens, einen solchen offenen Dialog über Vor- und Nachteile sowie Veränderungsnotwendigkeiten mit den BürgerInnen zu führen.